

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 4 (1928-1929)
Heft: 1

Artikel: Politik
Autor: Huber, Fortunat
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1065006>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

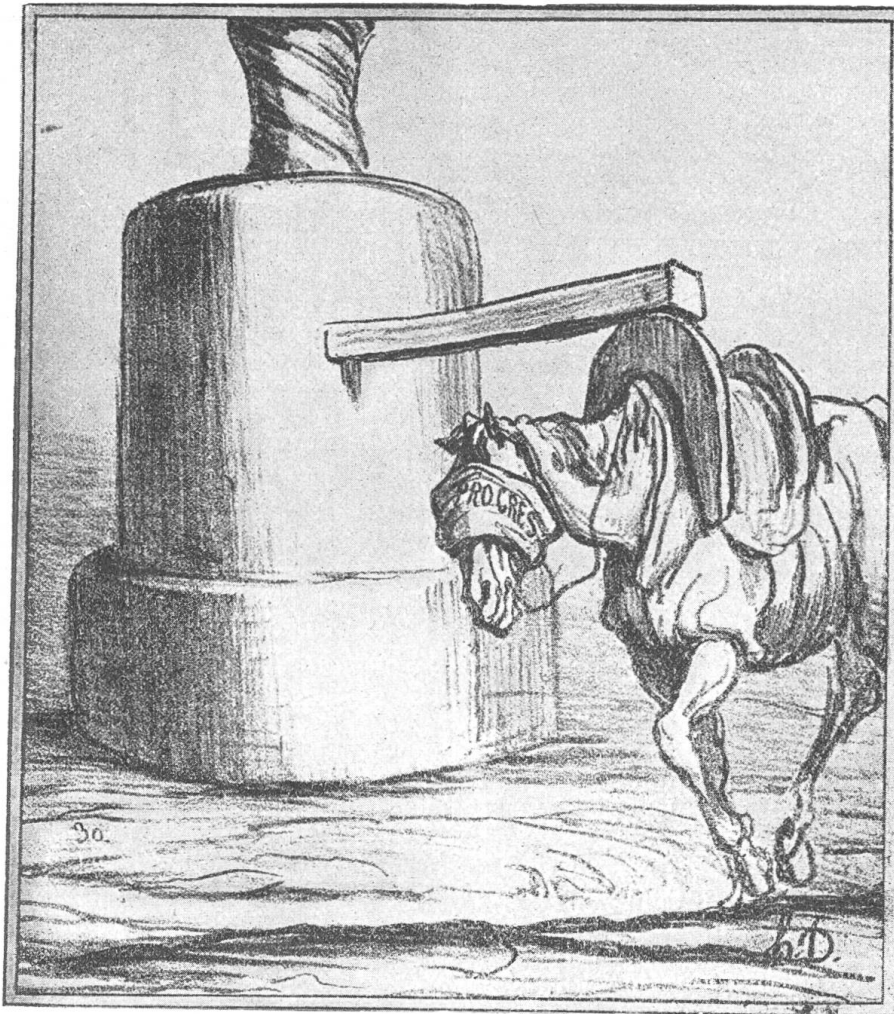
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



P O L I T I K

Von
Fortunat Huber

Mit 3 Lithographien von Daumier

Versuchen Sie folgendes kleine Gesellschaftsspiel: Stadtberner, Nationalräte und Teilnehmer des letzten Staatsbürgerlichen Unterrichtskurses schliessen Sie aus. An die übrigen verteilen Sie kleine weisse Zettel mit je einem Bleistift und bitten die Teilnehmer, die Namen der amtierenden Bundesräte aufzuschreiben. Nach Ablauf von 10 Minuten sammeln Sie die Zettel ein und prüfen — wenn Ihr Gedächtnis Sie zufäl-

lig im Stiche lassen sollte — an Hand Ihres Kalenders die Ergebnisse auf Richtigkeit und Vollständigkeit. Es ist mehr als wahrscheinlich, dass keines der Blätter ein einwandfreies Verzeichnis unserer höchsten gesetzgebenden Behörde aufweist.

Sie können das Spiel weiter treiben und nach den Namen der Nationalräte Ihres Wahlkreises fragen. Aber tun Sie es besser nicht! Ein Wettbewerb, der den Teilnehmern so wenig Chancen auf Erfolg bietet, verliert den Reiz!

Die politischen Führer unserer Generation sind keine Volkshelden. Wer trägt die Schuld? Die Führer oder wir? Un-

sere Schützenkönige schiessen besser und besser. Sie werden heute noch durch ein offizielles Komitee begrüsst; aber die Begeisterung, die ihre Leistungen einflössen, schliesst immer kleinere Kreise ein. (Es ist möglich, dass in hundert Jahren ein Sonderling und Schütze auf den Ruinen des heimatlichen Schiessplatzes den heutigen Weltrekord haushoch schlägt, ohne dass ein Hahn danach kräht. Nicht die Leistung sondern das Interesse für die Leistung schafft Volkshelden, hier wie dort und überall.

Wissen Sie, dass der Schweizerische Radfahrerbund mehr zahlende Mitglieder zählt als die zweitgrösste politische Partei der Schweiz? Ich möchte das nicht als einen schlüssigen Beweis dafür nehmen, dass sich der Schweizer für den Radsport mehr interessiert als für die Politik. Aber auch nicht für das Gegenteil. Sagt das nicht schon genug, in der «ältesten Demokratie» der Welt? «Wohl uns, dass wir Enkel sind», ein politisch so müdes Geschlecht wie das unsere hätte die Staatsverfassung, die wir haben, bei allen Mängeln, die ihr anhaften mögen, nicht zustande gebracht.

Die Schweizerhalle an der Internationalen Presse-Ausstellung zu Köln verkündete unser Land stolz als das zeitungsreichste der Welt und nicht minder stolz den hohen Prozentsatz der politischen Gesinnungsblätter im Vergleich zu der neutralen Presse.

Wir haben keinen Grund, die Richtigkeit der Statistik zu bezweifeln, und dennoch, wie trügerisch ist das blühende Bild, das sie von unserm politischen Leben gibt! Ich nehme an, dass Sie ein getreuer Leser Ihres politischen Gesinnungsblattes sind. Aber sind es nicht ge-

rade die politischen Artikel und Versammlungsberichte, die Sie, wenn überhaupt, zuletzt lesen? Die Ausführlichkeit der politischen Berichterstattung unserer Presse ist ein Ueberbleibsel aus einer vergangenen Zeit.

Am Vorabend der Abstimmung über die Vermögensabgabe spazierte ich auf der schnurgeraden, nicht gerade kurzweiligen Strasse von Muri nach Bern, als ein Automobilist seinen Wagen vor mir stoppte und mich freundlichst fragte: «Fahren Sie nicht mit?» Freudig überrascht ob dieser ungewohnten Aufmerksamkeit des mir völlig unbekannten Herrn kam ich der Aufforderung nach.

«Sie werden doch morgen auch stimmen,» fragte er mich, «und hoffentlich stimmen Sie mit nein! Jeder vernünftige Mensch hat die Pflicht, morgen zu stimmen. Die Annahme wäre ein Landesunglück.» Als ich ihn darüber beruhigt hatte, dass es nicht in meinem persönlichen Interesse liege, mit ja zu stimmen, flaute seine Anteilnahme an dem bescheidenen Fussgänger sichtlich ab, und am Bürgerziel stoppte der Wagen.

Das war das einzige Mal, dass sich nicht nur Parteikomitees durch das Mittel von Wahlaufufen, sondern ein Privatmann persönlich um meine Stimme bemühte. Die Abstimmung über die Vermögensabgabe war auch die einzige der letzten zehn Jahre, die wirklich das ganze Land leidenschaftlich beschäftigte, gewiss nicht wegen ihrer politischen Bedeutung, sondern weil sie in jedermann ersichtlicher Form tief in die wirtschaftlichen Verhältnisse einschneitt.

Die Zahlen der Bürger, die zur Urne gehen, sind, soviel man auch über Wahlmüdigkeit klagt, bei weitem kein Grad-

messer für die politische Indifferenz, die viel tiefer ist, als diese Zahlen vermuten lassen.

Es gibt Politiker, die darüber jammern, dass der politische Kampf immer mehr eine rein wirtschaftliche Auseinandersetzung zu werden drohe, angewidert ziehe sich der Bürger zurück und bleibe immer häufiger der Urne fern.

Wir glauben, dass im Gegenteil die mehr oder minder grosse wirtschaftliche Bedeutung, die jede Abstimmung hat, oder die man ihr doch zuschreibt, für die Grosszahl der Bürger der einzige Grund ist, der sie überhaupt noch zur Urne zu bringen vermag.

Was bliebe von der schweizerischen Politik der Gegenwart übrig ohne die enge Verknüpfung der politischen mit den wirtschaftlichen Interessen? Wenig genug! Und doch wehren sich die politischen Parteien dagegen, ausschliesslich wirtschaftliche Interessen zu vertreten. Warum? Wenn es nur Anhänglichkeit an alte Formen ist, könnte man sich nicht denken, dass die Parteien eines schönen Tages ihre politischen Programme zum alten Eisen werfen und sich offen und frei als das bekennen, was sie heute zur Hauptsache ohnehin sind? Eine Partei würde ausschliesslich die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Lohnarbeiter, eine andere die der Angestellten, eine dritte die der Bauern, eine vierte die der Gewerbler, eine fünfte die der Industrie, eine sechste die des Handels übernehmen und so weiter. Versuche dieser Art wurden bekanntlich gemacht. Nicht nur in der Schweiz, in Deutschland wollte, wie man weiss, ein Verband der Hausbesitzer sein Glück bei den Reichstagswahlen versuchen. Wenn die Sache wirklich so einfach wäre, so hätte

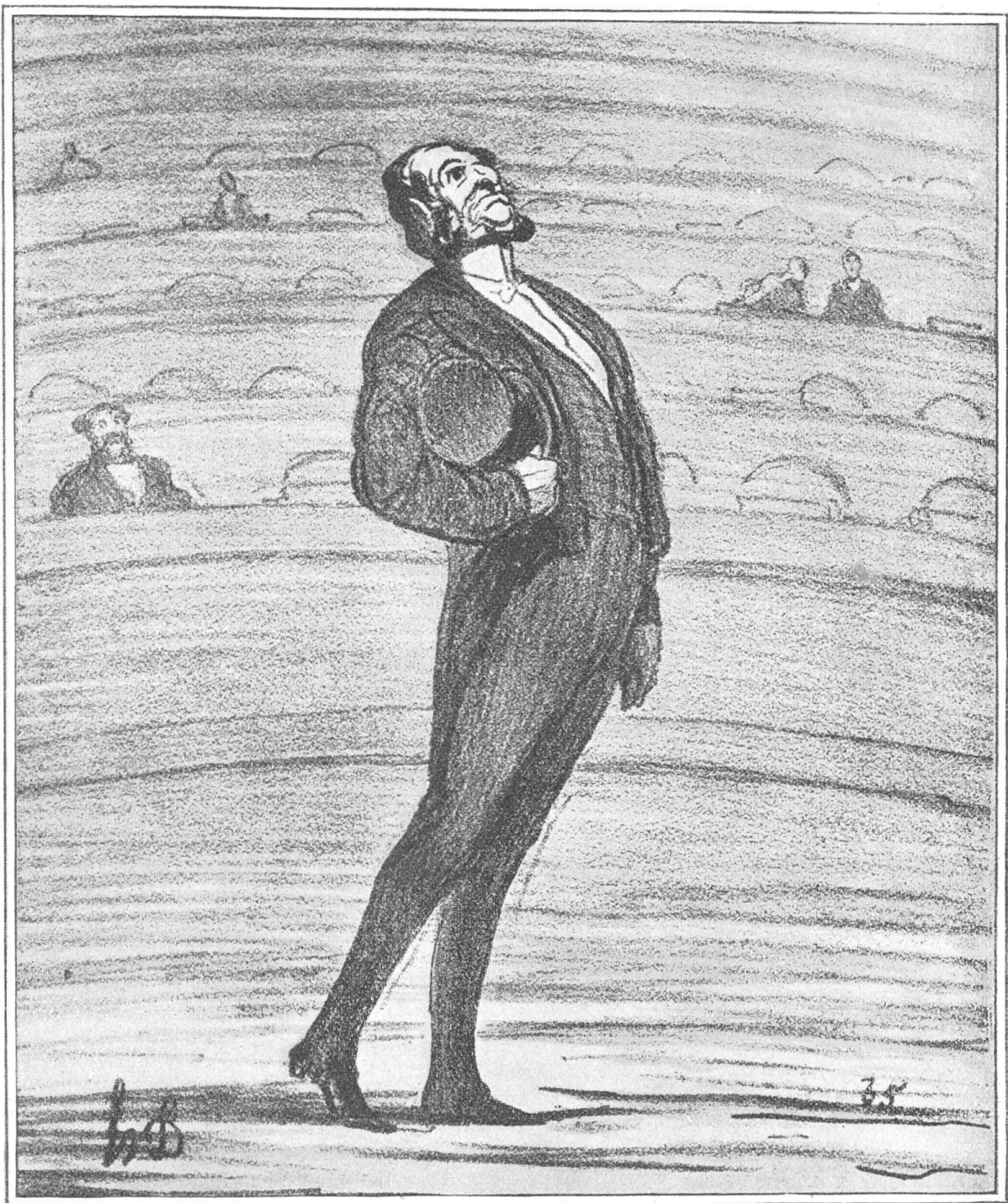
die restlose Umwandlung der politischen Parteien in Wirtschaftsverbände schon lange stattgefunden. Aber die politischen Parteien verdanken ihr Dasein doch nicht nur historischer Pietät. Sie sind doch nicht nur ein Stück kulturellen Heimatschutzes, von dem man sich ungern trennt wie etwa von den Trachten, und denen man im Landesmuseum einen Ehrenplatz anweisen könnte, um sie bei festlichen Anlässen dem Publikum vorzuführen.

Es gibt Leute, die die Entwicklung der politischen Kämpfe zu reinen Wirtschaftskämpfen als notwendig und richtig erachten. Sie sehen in der politischen Einkleidung nichts anderes als eine schamhafte Umhüllung wirtschaftlicher Bestrebungen, die es nicht verdienen, unsere aufgeklärte Zeit zu überleben.

Die wirtschaftlichen Interessen sind in der Tat von so grundlegender Bedeutung, dass keine Partei es je verhindern könnte, dass die wirtschaftlichen Sonderinteressen der Mehrzahl ihrer Anhänger auf das Parteiprogramm — so geistig (oder auch geistlich) es im übrigen sein mag — abfärben und die Reinheit seiner politischen Ziele trüben würde.

Eine politische Partei ohne wirtschaftliche Sonderinteressen, seien sie auch noch so versteckt, ist so unmöglich wie eine politische Alchemie, die aus unvollkommenen Menschen einen vollkommenen Staat hervorzubringen vermöchte.

Aber ebenso sicher entsteht aus dem Spiele der wirtschaftlichen Interessen allein kein Staat. Und kein Staat kann auf die Länge bestehen, der sein einziges Daseinsrecht in der Regelung der wirtschaftlichen Interessen seiner Bürger hat. Ein Vernunftstaat in diesem Sinn ist noch unvernünftiger als eine Vernunft-



Beginn der Legislaturperiode: Der Abgeordnete zeigt sich zum ersten Mal der Kammer

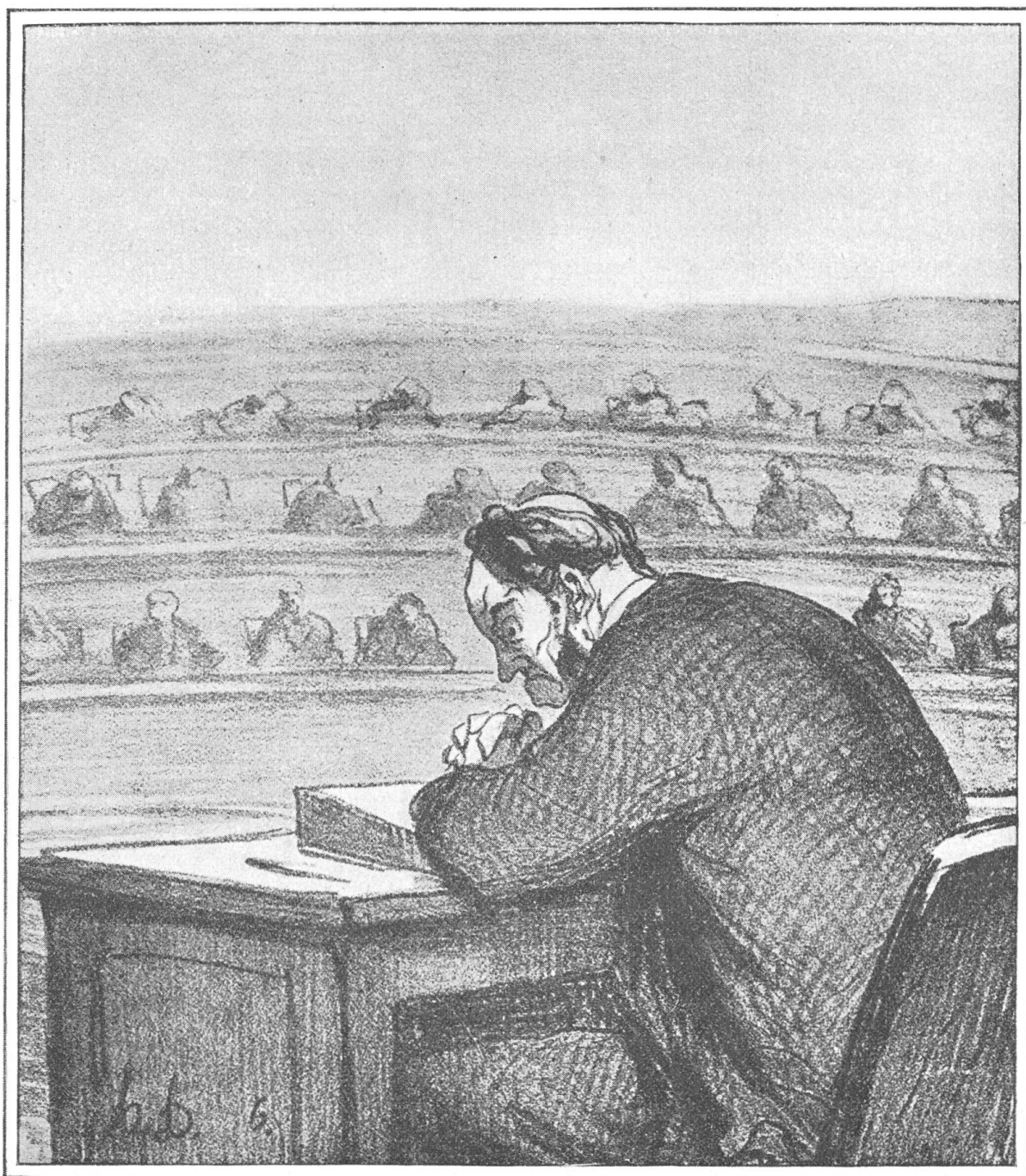
ehe. Die ethischen Programmpunkte der politischen Parteien sind nicht nur Feigenblätter, die eine aussterbende schamhafte Generation um die Blösse ihrer egoistischen Triebkräfte deckt.

Die Schweiz, wie jeder andere lebendige Staat, verdankt seine Entstehung und sein Leben dem Glauben an die Realität überwirtschaftlicher Beweggründe zur Gemeinschaft. Man lächelt mit Recht

über den Primarschullehrmittelglauben, die alte Eidgenossenschaft sei ausschliesslich Frucht und Lohn des ideellen Unabhängigkeitswillens und demokratischen Brudersinns der Tellensöhne. Aber ihre Erklärung aus wirtschaftlichen Gründen

allein ist ebenso naiv. Je geistiger die Grundlagen einer Gemeinschaft sind, um so länger ist ihre Dauer. Die katholische Kirche ist nicht zufällig die älteste Organisation des Abendlandes.

Die Ueberwucherung der politischen



Ende der Legislaturperiode: „Wenn ich nun nicht wieder gewählt werde...?“

Interessen durch wirtschaftliche ist ein Krankheitssymptom unseres bürgerlichen Lebens. Die Indifferenz dem gegenüber, was sich heute Politik nennt, das Gegenteil.

Es gibt keine Partei, die in ihrem Programm in letzter Linie nicht das Gemeinwohl zum Ziele hat, und keine Partei, die in Wirklichkeit nicht eindeutig das wirtschaftliche Interesse einer bestimmten Klasse vertritt. Jede Partei verlangt von den andern, dass man ihre ethische Drapierung ernst nehme und enthüllt diese bei den gegnerischen Parteien als das, was sie bei allen ist: Demagogie. Was Wunder, dass von diesem Mummenschanz im Grund alle herzlich angewidert sind!

Man stimmt mit der Partei, von der man sich die Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen verspricht, hat aber im übrigen gern nichts mit ihr zu tun.

Sie erinnern sich an das Gesellschaftsspiel, das wir anfangs empfahlen? Die Gedächtnisschwäche für die Namen unserer politischen Führer — und durchaus nicht nur im Bundesrat und Nationalrat, im Gegenteil — hat seinen tiefern Grund. Die Politiker sind aus Führern immer mehr zu Geschäftsträgern geworden. Man erwartet von ihnen weniger die Führung als die Ausführung der Amtsgeschäfte, weniger zum Vorteil des Staates oder der Gemeinde, als zu dem ihrer Partei.

Es ist natürlich nicht so, dass die Programme der politischen Parteien keine Ideen mehr enthielten, für die man sich auch heute noch ehrlich begeistern könnte. Es gibt überhaupt keine politische Idee, die nicht in der oder jener Form von der einen oder andern Partei als Programmpunkt aufzustöbern wäre. Die Zahl der politischen Ideen ist gar

nicht so gross. Die zweitausend Jahre nach Aristoteles haben jenen, die der alte Grieche in seinem Handbuch der Politik aufzählt, auch nicht eine einzige hinzuzufügen vermocht, fascistische und bolschewistische in allen ihren Schattierungen mit inbegriffen.

Verloren haben wir nur den Glauben an die Bedeutsamkeit der politischen Ideen für die Gestaltung der Welt.

Aber das ist nicht der einzige Glaube, der uns verlorenging.

Die Geschichte der letzten drei Jahrhunderte ist infolge des Sturzes der Kirche als offizielles höchstes Gemeinschaftsideal ein Massengrab religiöser, ethischer und ästhetischer Ueberzeugungen. Der Haupterbe der Kirche war der Staat. An die Stelle des religiösen Gemeinschaftsideals trat das politische. Man lehnte sich dagegen auf, den Sinn des Lebens in einem seligen Tod zu sehen. Man tauschte das damalige Gemeinschaftsideal der Kirche: die organisierte Vorbereitung auf das Jenseits, gegen das damalige politische Gemeinschaftsideal ein: die Verbesserung des Diesseits durch den Staat. Der Austausch eines Wechsels auf die Zukunft durch einen andern — auf ebensolange Sicht. Mit der Verzögerung seiner Einlösung kamen auch hier die Zweifel an seiner Güte. Der religiösen Ernüchterung folgte die politische, mit ihr der Zweifel am Sinne jedes Gemeinschaftsideals und das tiefe Misstrauen jeder dem Leben wertend gegenüberstehenden Idee.

Der Hingabe an das Leben fern von jeder ideellen Spekulation verdanken wir die ungeheure Entwicklung der Technik. Die Steigerung der menschlichen Lebenskräfte ins Ungemessene (wir sprechen

und hören mühelos über den Ozean, während noch unser Grossvater gute Ohren und eine kräftige Stimme haben musste, um sich mit seinem Nachbar von Haustüre zu Haustüre zu verständigen, wir fliegen in derselben Zeit nach Paris, die noch unser Vater brauchte, um eine Vortortsgemeinde aufzusuchen), sie be-
 rauschte unsere jüngste Vergangenheit und liess sie verschmerzen, dass die Er-
 rungenschaften der Technik wohl die
 Möglichkeiten einer neuen Gemeinschaft,
 diese selbst aber zu schaffen nicht im-
 stande sind. Erst heute beginnen wir zu
 fühlen, wie einsam uns aller Fortschritt
 der Technik gelassen hat. Wir reifen der
 Erkenntnis entgegen, dass die gigantische
 Maschinerie des modernen Lebens eitel

ist, wenn nicht der göttliche Funke des
 Glaubens an eine neue Gemeinschaft, die
 über den Interessen der einzelnen steht,
 ihrem Laufe Sinn und Richtung gibt.

Ob die Ideen, die dieser neuen Gemein-
 schaft voranleuchten, politischer oder re-
 ligiöser Natur sind, ihre Fruchtbarkeit
 wird so gross sein, als unser Glaube an
 sie ist. Dass auch sie uns weder in das
 Land der vollendeten Gerechtigkeit noch
 des ewigen Friedens führen werden, ist
 heute schon gewiss. Das darf uns den
 Mut nicht rauben, für beide nach bester
 Einsicht und bestem Vermögen zu kämp-
 fen. Nicht um die Welt zu verbessern,
 sondern uns, nicht um des Zieles, sondern
 um des Kampfes willen selbst, der un-
 sere innerste Bestimmung ist.

W. Gimmi



Zeichnung